

Grenzgängerinformation Nr. 1 vom 2. August 2006 (Interessengemeinschaft Pensionskasse)

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie das in unserer Veranstaltung vom 20. Juli 2006 zugesagte Informationsschreiben, welchem die Stellungnahme von Herrn Rainer Stickelberger (MDL) und die Zusammenfassung des Vortrages von Frau Susanne Heitzler (Dipl.-Finanzwirtin und Steuerberaterin) beiliegen.

Falls Sie gegen einen vorliegenden Bescheid zum Thema Pensionskasse (insbesondere Versteuerungen von Auszahlungen ab 2005) Einspruch erheben wollen, empfehlen wir Ihnen bei Fragen direkt mit Frau Susanne Heitzler (Telefon 07741/9290-0) Kontakt aufzunehmen, da es sich in der Regel um sehr individuelle Sachverhalte handelt. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns über Ihre Einsprüche informieren, so dass wir einen Gesamtüberblick erhalten. Wir gehen davon aus, dass es als Folge der Einsprüche zu ausgewählten Musterprozessen kommen wird.

Um unsere Politiker adäquat zu einem Handeln aufzufordern, möchten wir das verfassungsrechtlich gegebene Instrument des Petitionsausschusses verstärkt in Anspruch nehmen. Die Zuständigkeit hierfür liegt beim Landtag in Baden Württemberg. Es sollte von allen genutzt werden, die in Zusammenhang mit der Versteuerung von Zahlungen aus der Pensionskasse Bescheide des Finanzamtes erhalten haben und diese inhaltlich nicht akzeptieren können. Für Fragen hierzu können Sie sich an Herrn Uwe Wehrle wenden.

Momentan laufen alle Aktivitäten der Interessengemeinschaft auf rein privater Ebene, so dass auch auf die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen verzichtet werden kann. Erfreulicherweise ist das Interesse an der Thematik Pensionskasse so gross, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen wie wir die Struktur der Interessengemeinschaft sinnvoll weiterentwickeln. Frau Margit Böddeker wird sich mit den Teilnehmern in Verbindung setzen, die uns zu diesen Themen Ihre Unterstützung zugesagt haben oder steht für Sie als Ansprechpartnerin zur Verfügung, wenn Sie Interesse an einem weitergehenden Engagement für unsere Sache haben.

Unser Ziel ist, dass möglichst viele Grenzgänger über das Thema Pensionskasse und insbesondere deren steuerliche Aspekte informiert sind. So sollte es langfristig möglich sein, dass transparente und gerechte Regelungen zum richtigen Zeitpunkt vorliegen. Wir bitten Sie daher unsere Informationen im Kreise Ihrer Kollegen weiterzugeben. Mit der beigefügten Liste können Sie uns Ihre Adressdaten weiterleiten, so dass wir Sie über die weitere Entwicklung jeweils rechtzeitig informieren können.

Ein Besuch beim Landtag in Stuttgart ist noch in diesem Quartal vorgesehen. Wir gehen davon aus, dass wir Sie bis Ende September dann über die weiteren Ergebnisse informieren können.

Wir bedanken uns herzlich für Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Dieter Amann
Jurastr. 55
79576 Weil am Rhein
07621/6727

Margit Böddeker
Im Steinbrunnen 3
79585 Steinen
07627/3492 (ab 19 Uhr)

Uwe Wehrle
Am Hässler 12
79400 Kandern
07626/972814

Stellungnahme von Herrn Rainer Stickelberger für Info-Veranstaltung vom 20. Juli 2006

Sehr geehrter Herr Wehrle,

wie Sie wissen, kann ich wegen einer Terminkollision an Ihrer Veranstaltung leider nicht teilnehmen. Ich bin überzeugt, dass die betroffenen Steuerpflichtigen in grosser Zahl und gemeinsam sicher etwas erreichen können und darf vorab Ihnen und Ihren Mitstreitern für Ihr Engagement in dieser Sache danken.

Nach meinen bisherigen Gesprächen halten das Finanzministerium und die Oberfinanzdirektion an der bisherigen - für die betroffenen Grenzgänger nachteiligen - Beurteilung der Sach- und Rechtslage fest. Allerdings gibt es auch innerhalb der Finanzverwaltung, z.B. bei den betroffenen Finanzämtern, unterschiedliche Bewertungen - insbesondere zur Säule 3 -.

Die bisher offizielle Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen überzeugt mich nicht. Auch der Hinweis auf die Öffnungsklausel, die nur unter ganz engen Voraussetzungen zur Anwendung kommt, bringt keine effektive Entlastung für die Betroffenen und ist zudem mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden, für die Steuerpflichtigen wie für die Finanzverwaltung.

Folgendes Vorgehen halte ich für realistisch:

1. Gegen ergehende Steuerbescheide sollte Einspruch eingelegt werden, um eine gerichtliche Klärung herbeizuführen. In Verhandlungen mit der Finanzverwaltung, in die ich mich gerne einbringe, sollten - um Kosten zu sparen - einige wenige Musterverfahren angestrebt werden.
2. Da Verfahren vor den Finanzgerichten erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, könnte eine Vorabklärung im Rahmen vorläufiger Rechtsschutzverfahren innerhalb kürzerer Zeit erfolgen.
3. In Verhandlungen mit der Finanzverwaltung sollte erreicht werden, dass Einsprüche bis zur gerichtlichen Klärung bzw. Vorabklärung in Musterverfahren ruhen und die Zahlungspflicht aus den angefochtenen Bescheiden solange ausgesetzt wird. Insoweit hat die Finanzverwaltung bisher allerdings eine ablehnende Haltung zu erkennen gegeben. Ich bin gerne bereit, ein entsprechendes Gespräch mit dem Finanzminister - unter Beteiligung der Oberfinanzdirektion - zu initiieren. Dabei wäre es sinnvoll, wenn eine Delegation der Betroffenen teilnehmen würde. Grundlage hierfür bildet die breite Beteiligung und Unterstützung der Betroffenen in der heutigen Versammlung.
4. Neben den grundsätzlichen Fragen der Besteuerung sollte in den Verhandlungen auch das Thema "Öffnungsklausel" weiter behandelt werden, um ggf. auf eine grosszügige und unbürokratische Handhabung durch die Finanzbehörden hinzuwirken.
5. Im Landtag ist seit kurzem ein Petitionsverfahren in dieser Sache anhängig, über das noch nicht entschieden ist. Ich habe mich in das Verfahren eingeschaltet und halte Sie über den Vorgang gerne auf dem Laufenden.
6. Eine Änderung der bundesgesetzlichen Regelung halte ich für wenig aussichtsreich. Sie wäre wohl nur möglich über eine Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg und ist rechtlich und politisch nur schwer durchsetzbar.

Wir sollten uns in Kürze darüber austauschen, wie weiter vorzugehen wäre. Der heutigen Veranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen,

Rainer Stickelberger, MdL